

# „Haben sehr wohl auf Probleme reagiert“

## VERFAHREN Ratsfraktionen äußern sich

Die FDP Edewecht akzeptiert das Lüneburger Urteil nicht. Diese Entscheidung bewerten die Ratsfraktionen unterschiedlich.

VON DORIS GROVE-MITTWEDE

**EDEWECHT** – Unterschiedlich haben Vertreter der Edewechter Ratsfraktionen auf die Ankündigung des FDP-Gemeindeverbandes Edewecht reagiert, das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg nicht zu akzeptieren und Revisionsbeschwerde beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einzulegen. Im April hatten die Lüneburger Richter entschieden, dass die von der Edewechter FDP vorgetragene Briefwahlmanipulationsvorwürfe gegen die CDU-Kandidatin Helge Kahnert bei der Kommunalwahl 2006 juristisch zu spät vorgetragen wurden. Damit wurde ein Urteil des Verwaltungsgerichts Oldenburg aufgehoben, das die Neuwahl des Edewechter Rats beinhaltete. Die Revision hatten die Lüneburger Richter nicht zugelassen. Die FDP will nun klären lassen, ob Wahlfehler keine juristischen und politischen Konsequenzen haben, denn die Lüneburger Richter stellten sehr wohl einen Wahlfehler fest.

Edewechts CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Seeger wollte die Entscheidung der FDP nicht kommentieren. „Wenn man vor Gericht zieht,

muss man auch mit einer Niederlage rechnen, mit Urteilschelte ist es nicht getan“, sagte SPD-Fraktionschef Dr. Hans Fittje. Der gesamte Edewechter Rat sei 2006 ordnungsgemäß gewählt worden. Bei der FDP habe er den Eindruck, dass sie sich seit drei Jahren scheinbar ausschließlich dem Prozessieren und nicht der kommunalpolitische Arbeit widme.

Mit Unverständnis reagierten Grüne-Fraktionsvorsitzender Uwe Heiderich-Willmer und Grüne-Ortsverbandsvorsitzender Jack Morin auf die FDP-Entscheidung. „Warum will man nach Leipzig, um erneut zu hören, dass ein Wahlfehler festgestellt wurde?“ Die Grünen wiesen zudem die FDP-Kritik zurück, dass die politischen Parteien keine Konsequenzen aus den Vorfällen gezogen hätten. Die Grünen hätten z.B. gefordert, Altersheime als Wahllokale einzurichten und Wahlfahrdienste von Parteien abzuschaffen. Nachvollziehen kann Thomas Apitzsch (UWG) den Gang nach Leipzig, „da das Lüneburger Urteil nicht für Klarheit sorgt“. Die UWG habe jedoch ebenso wie die Grünen politische Konsequenzen gefordert. Eine Aussprache zum Lüneburger Urteil sei in der jüngsten Ratssitzung aus formalen Gründen abgelehnt worden. Edewechts FDP-Fraktionsvorsitzender Rolf Kaptein wollte der Stellungnahme seines Gemeindeverbandes nichts hinzufügen.